Deutscher Bundestag **Drucksache 15/3414**
15. Wahlperiode 22. 06. 2004

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation des Deutschen Bundestages zur Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung

Gründungsversammlung der Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung am 22./23. März 2004 in Athen, Griechenland

Inhaltsverzeichnis

I Teilnehmer

Der Deutsche Bundestag hat zur Gründungsversammlung der Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung am 22./23. März in Athen, Griechenland, folgende Mitglieder entsandt:

– Abg. Dr. Lale Akgün (SPD)

– Abg. Kurt-Dieter Grill (CDU/CSU)

– Abg. Rainder Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

II Einleitung

Am 2. Dezember 2003 hatte in Neapel das Euromediterrane Parlamentarische Forum in verkleinerter Zusammensetzung beschlossen, das Forum in eine ständige Parlamentarische Versammlung umzuwandeln. Die Konferenz der Außenminister der Teilnehmerstaaten des Prozesses von Barcelona, die am 2. und 3. Dezember in Neapel zusammengekommen waren, begrüßten in ihren Schlussfolgerungen die Gründung einer Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung und kamen überein, dieses neue Gremium in einer beratenden Eigenschaft in den Rahmen des Barcelona-Prozesses aufzunehmen. Mit Beschluss vom 10. März 2004 auf Bundestagsdrucksache 15/2660 beschloss der Deutsche Bundestag, der Parlamentarischen Versammlung beizutreten.

Die Parlamentarische Versammlung soll den Gedankenaustausch zwischen den Parlamenten der Partnerländer fördern und der euromediterranen Zusammenarbeit durch die stärkere Institutionalisierung der parlamentarischen Dimension neue Impulse verleihen. Die Versammlung soll sich zusammensetzen aus 240 Parlamentariern, von denen jeweils die Hälfte aus den Partnerländern im Mittelmeerraum (Marokko, Algerien, Tunesien, Ägypten, Israel, Palästinensische Autonomiegebiete, Jordanien, Libanon, Syrien, Türkei sowie Libyen als Beobachter) und der Europäischen Union entsandt werden (75 Vertreter der nationalen Parlamente der nach der Erweiterung 25 EU-Mitgliedsländer und 45 Mitglieder des Europäischen Parlaments). Die Beteiligung an dem neuen Gremium soll auf freiwilliger Basis erfolgen. Deutschland stehen drei Sitze in der PV zu. Am 22. und 23. März 2004 fand die Gründungsversammlung in Athen statt.

III Konferenzverlauf

An der Gründungsversammlung der Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung nahmen auf Einladung des Präsidenten des Europäischen Parlamentes, Pat Cox, sowie des Präsidenten des Abgeordnetenhauses Marokkos, Abdelwahad Radi, Abgeordnete aus den Parlamenten von zwölf EU-Mitgliedern (außer Dänemark, Großbritannien und Niederlande), aus sämtlichen zwölf Parlamenten der südlichen Partnerländer des Barcelona-Prozesses inklusive Zypern und Malta, 25 Abgeordnete des Europäischen Parlamentes sowie auf spezielle Einladung des Gastgebers Parlamentarier aus Libyen und Mauretanien, die einen Beobachterstatus beim Barcelona-

Prozess innehaben, teil. Ferner waren fünf Beitrittsländer zur EU sowie Rumänien und drei Parlamente des Westbalkans vertreten.

Ziel der neu gegründeten Versammlung ist, die Stabilität im Mittelmeerraum und den Dialog zwischen der Europäischen Union und der arabischen Welt sowie der sonstigen südlichen Anrainer des Mittelmeeres im Rahmen des so genannten Barcelona-Prozesses der EU zu fördern. Überschattet wurden die Beratungen von der Tötung des Gründers und Führers der Islamistischen Hamas, Scheich Jassin, durch israelische Sicherheitskräfte, die alle anwesenden arabischen Parlamentarier sowie das Europäische Parlament und einige Abgeordnete nationaler EU-Parlamente verurteilten. Nach der Eröffnungszeremonie mit Grußworten der Präsidenten der Kommission der Europäischen Union sowie die des amtierenden Ratspräsidenten, die wegen der Teilnahme an vorbereitenden Sitzungen zum Europäischen Rat am 25./26. März nicht anwesend sein konnten, befassten sich die Abgeordneten insbesondere mit der Geschäftsordnung der zu gründenden Versammlung, den Themen für die drei Ausschüsse, Wahlen für die jeweiligen Vorsitzenden sowie in einer Generaldebatte mit der parlamentarischen Dimension der Euromediterranen Partnerschaft.

Schwerpunkte innerhalb der Generaldebatte waren der Nahost-Konflikt im allgemeinen mit teilweise unterschiedlicher Einschätzung zu den Erfolgsaussichten der Roadmap für den Frieden, die Verurteilung des Terrorismus und insbesondere der jüngsten Anschläge in Madrid sowie im wirtschaftlichen Bereich die Schaffung einer Freihandelszone bis zum Jahre 2010 im euromediterranen Raum. Von verschiedenen Staaten wurde die Bedeutung des Umweltschutzes, der nachhaltigen Entwicklung und der Sicherheit auf See und Land sowie die Rolle der Frauen bei der Entwicklung der Region unterstrichen. Insbesondere die europäischen sowie die israelischen Abgeordneten forderten die Teilnehmer auf, die Parlamentarische Versammlung als Ort der Debatte und des Austausches und nicht nur zum Verlesen von Regierungsstandpunkten zu benutzen.

Zum Abschluss der Konferenz nahmen die Delegierten eine Erklärung an, die nach Vorliegen der Übersetzung durch das Europäische Parlament nachgereicht wird. Die nächste Plenarversammlung soll im ersten Halbjahr 2005 auf Einladung des amtierenden Präsidenten der Versammlung, Dr. Ahmed Fathi Sorour, in Ägypten stattfinden. Nach den Wahlen zum Europäischen Parlament werden die Vorsitzenden der Ausschüsse diese zu ihren ersten konstituierenden Treffen einberufen, die einmal jährlich außerhalb der Plenartagungen stattfinden sollen. Die Versammlung nahm ferner ein Emblem sowie eine Hymne an. Am Ende der Konferenz wurden Pat Cox, Präsident des Europäischen Parlaments, und Abdelwahad Radi, Präsident der marokkanischen Repräsentantenhauses, als gemeinsame Vorsitzende der Gründungsversammlung der EUROMED-PV mit dem „Mediterranean Prize 2004“ der „Fondazione Laboratorio Mediterraneo – ONLUS“ ausgezeichnet.

IV Arbeitsgruppensitzung zur Geschäftsordnung

Auf der Gründungsversammlung wurde eine vorläufige Geschäftsordnung angenommen, auf deren Grundlage die Versammlung sowie die ersten Sitzungen der Ausschüsse stattfinden können. Einige offen gebliebene Streitpunkte sollen auf der nächsten Plenartagung in der ersten Jahreshälfte 2005 in Ägypten verhandelt werden.

Die Euromediterrane Parlamentarischen Versammlung ist eine Parlamentarische Versammlung des Barcelona-Prozesses mit beratender Stimme, die zur Sichtbarkeit und Transparenz dieses Prozesses beitragen soll. Die Mitgliedschaft in der Versammlung soll allen Parlamenten der Teilnehmerstaaten offen stehen. Um den noch zögernden nationalen Parlamenten die Möglichkeit des Beitrittes offen zu halten, ist aufgrund eines Änderungsantrages der italienischen Delegation sichergestellt worden, dass alle vakanten Plätze weiterhin den jeweiligen Parlamenten zur Verfügung stehen sollen. Die Parlamentarische Versammlung soll insgesamt 240 Sitze umfassen, die je hälftig den nördlichen und südlichen Partnern zustehen. Nach der Erweiterung der Europäischen Union zum 1. Mai sind die südlichen Partnerländer Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Malta, Marokko, die Palästinensischen Autonomiegebiete, Syrien, Tunesien, Türkei sowie Libyen und Mauretanien als Beobachter. Die 120 den nördlichen Partnern zustehenden Sitze werden zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten der EU aufgeteilt, sodass das Europäische Parlament 45 Abgeordnete und jedes nationale Parlament drei Abgeordnete zur Versammlung entsenden kann. Die Versammlung bildet drei Ausschüsse:

- den Politischen Ausschuss zu Fragen der Sicherheit und Menschenrechte;
- den Wirtschaftlichen Ausschuss zu Finanzfragen, sozialen Angelegenheiten und Bildung;
- den Kulturellen Ausschuss zur Förderung der Lebensqualität durch den Austausch auf menschlicher und kultureller Ebene.

Der Versammlung steht ein Präsidium aus einem Präsidenten und drei Vizepräsidenten (zwei südliche Anrainer, ein nördlicher Anrainer, ein Europäisches Parlament), die auf vier Jahre gewählt werden und unter denen der Vorsitz jährlich rotiert, vor. Grundsätzlich beschließt die Versammlung einvernehmlich und unter Anwesenheit der Mehrheit der Delegationen in jeder der beiden Teile der Versammlung. Kann ein Einvernehmen nicht erzielt werden, fasst die Versammlung die Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit von vier Fünftel der Stimmen der beiden Teile der europäischen Komponente sowie vier Fünftel der Vertreter der Partnerländer. Da die Versammlung keinen eigenen Jahreshaushalt verabschiedet, trägt grundsätzlich das gastgebende Parlament die Kosten für die Tagungen der Versammlung und die Sitzungen eines Ausschusses. Auf Vorschlag des Präsidiums kann die Versammlung allerdings beschließen, einen eventuellen finanziellen Beitrag der anderen Mitgliedsparlamente der

Versammlung zur Deckung der durch die Organisation einer Tagung der Versammlung oder der Sitzung eines Ausschusses anfallenden Kosten festzusetzen. Amtssprachen der Versammlung sind alle zwanzig Amtssprachen der Europäischen Union sowie Arabisch, Hebräisch und Türkisch. Arbeitssprachen der Versammlung sind derzeit Englisch, Französisch und Arabisch. Auf Drängen der deutschen Delegation soll dieser Punkt jedoch noch auf die nächste Tagesordnung der Versammlung gesetzt werden.

V Personalia

Auf der Versammlung wurden sowohl die vier Mitglieder des Präsidiums, die auf vier Jahre gewählt werden und sich jährlich im Vorsitz abwechseln, sowie die Vorsitzenden der drei Ausschüsse gewählt.

Präsidium:

Präsident:

Dr. Ahmed Fathi Sorour, Präsident der ägyptischen Volksversammlung – März 2004 bis März 2005

Vizepräsidenten:

1. Europäisches Parlament (die Person wird nach der Wahl zum EP benannt) – März 2005 bis März 2006
2. Fouad Mbazaa, Präsident des tunesischen Abgeordnetenhauses – März 2006 bis März 2007
3. Anna Benaki-Psarouda, Präsidentin des griechischen Abgeordnetenhauses – März 2007 bis März 2008

Die Vorsitze in den Ausschüssen sind folgenden Parlamenten zugewiesen:

1. Politischer Ausschuss:

Vorsitz: Europäisches Parlament

Stellv. Vorsitzende: Israel, Spanien, Palästina

2. Wirtschaftlicher Ausschuss:

Vorsitz: Jordanien

Stellv. Vorsitzende: Irland, Türkei, Europäisches Parlament

3. Kultureller Ausschuss:

Vorsitz: Italien

Stellv. Vorsitzende: Marokko, ein EU-Beitrittsland, Algerien

Dr. Lale Akgün Kurt-Dieter Grill Rainder Steenblock

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333